

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

Johannes Rau zum 60. Geburtstag des Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung: Holger Börner steht weiter seinen Mann

Seite 1

Ernst Waltemathe MdB zum jüngsten Kongreß der Partij van de Arbeid: Die niederländischen Sozialdemokraten und der Golfkrieg

Seite 2

Jürgen Büssow MdL zum BVG-Urteil zum WDR- und Landesrundfunkgesetz: Medienpolitik in NRW wird an Dynamik gewinnen

Seite 5

46. Jahrgang / 26

6. Februar 1991

Holger Börner steht weiter seinen Mann

Zum 60. Geburtstag des Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von Johannes Rau

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Holger Börner wird sechzig - der Jahrgang 1931 ist eben ein guter Jahrgang für unsere Partei. Wir alle haben Holger in Erinnerung, verbunden mit dem Attribut "jung". Das bleibt auch so, ungeachtet der Zahl seiner Lebensjahre.

Holger Börners Familie und sein persönlicher Lebensweg sind ein markantes Stück deutscher Sozialgeschichte und ein praktisches Beispiel für das veränderte Verhältnis zwischen Arbeiterbewegung und demokratischem Staat.

Noch sein Großvater mußte von Berlin nach Hessen umsiedeln, um den Nachstellungen des Bismarckschen Obrigkeitsstaates zur Zeit des sogenannten Sozialistengesetzes zu entgehen. Seinen Vater hatten die Nazis zunächst ins KZ gesperrt und später zur Zwangsarbeit verpflichtet.

Holger Börner ist geprägt von seinem sozialdemokratischen Elternhaus. Aus dieser Tradition schöpft er Kraft, ihr fühlt er sich verpflichtet. Schon früh engagierte er sich politisch. Fast immer gehörte er zu den Jüngsten.

Der gelernte Betonfacharbeiter wurde rasch Betriebsratsvorsitzender in Kassel. Mit 18 Jahren war er schon im Exekutivrat der Jugend-Internationale. Anfang der fünfziger Jahre gehörte er dem Bundesvorstand der Falken an, und Anfang der sechziger Jahre war er Bundesvorsitzender der Jungsozialisten.

Von 1956 bis 1972 war Holger Börner Stadtverordneter seiner Heimatstadt Kassel, neun Jahre davon als Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion.

1957 wurde der 26jährige Holger Börner in den Deutschen Bundestag gewählt, damals als jüngster aller Abgeordneten. Petitionsausschuß, Sozialausschuß und vor allem der Verkehrsausschuß waren seine Plattformen. Fünf Jahre arbeitete er als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtige Ausgabe
mit gesetzlicher Rahmungs-
Kassette-Papier



1972 mußte Holger Börner aus dem Stand heraus eine ganz neue Verantwortung übernehmen: Der Parteivorstand berief ihn zum Bundesgeschäftsführer. Unter seiner Verantwortung erlangte die SPD das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Der Bundesgeschäftsführer Börner hat viel dazu beigetragen, daß die Veränderungen der siebziger Jahre insgesamt erfolgreich von der gesamten Partei durchgestanden werden konnten.

1976, am Wahlabend, sah sich Holger Börner erneut im Auftrag der Partei vor eine ganz andere Aufgabe gestellt: Hessen brauchte einen neuen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten - Holger Börner entzog sich nicht. Elf Jahre hat er in der Tradition von Georg August Zinn dafür gearbeitet, Hessen sozial und freiheitlich zu prägen.

Als dann ganze 1.500 Stimmen für die Fortsetzung seiner Reformpolitik fehlten, hat er sich nicht aufs Altenteil zurückgezogen, sondern stand und steht seiner Partei an anderer Stelle weiter zur Verfügung: Seit Dezember 1987 steht Holger Börner an der Spitze der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dort trägt er seinen Teil dazu bei, daß wir bei allen erfreulichen Veränderungen in Deutschland, in Mittel- und Osteuropa nicht vergessen, wieviel noch zu tun ist, damit auch die Menschen auf der südlichen Halbkugel eine menschenwürdige, demokratische Zukunft bekommen. Wie seit vier Jahrzehnten: Der Sozialdemokrat Holger Börner steht seinen Mann.

Für mich ist Holger Börner ein lebender Beweis dafür, daß Standfestigkeit und Bodenhaftung einerseits und sozialdemokratische Perspektive andererseits zusammengehören. Er verkörpert ein Stück jener verlässlichen, über viele Jahrzehnte bewährte Sozialdemokratie, auf die wir nicht verzichten können, wenn wir es ernst meinen mit der Mehrheitsfähigkeit.

SPD und Gewerkschaften gehören für ihn selbstverständlich zusammen. Holger Börner ist im besten Sinne "volkstümlich" - er, der Arbeiter aus Nordhessen, ist ganz nahe bei den Menschen und ihren Sorgen und hat es deshalb nie nötig, sich anzubiedern.

Wir Sozialdemokraten haben Holger Börner für vieles zu danken. Mehr als einmal haben wir ihn in die Pflicht genommen und er hat stets alle seine Fähigkeiten eingebracht für die jeweilige Aufgabe. Es ist gut zu wissen: Holger wird das auch in Zukunft tun; er steht weiter für soziale Demokratie und die offene Volkspartei SPD. Er bleibt ein Freund, auf den Verlaß ist.

(/6.2.1991/rs/ks)

Die niederländischen Sozialdemokraten und der Golfkrieg
Zum jüngsten Kongreß der Partij van de Arbeid

Von Ernst Waltemathe MdB

Mitglied der deutsch-niederländischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Ein "ordentlicher" Parteitag ist kein "normaler" Kongreß: Die Partei der Arbeit wollte erstmals neben Vorstandswahlen und Regularien themenbezogen debattieren: eine Art Arbeitskonferenz zur Klärung von Grundsatzfragen der Umwelt- und Dritte-Welt-Politik sollte es sein. Aber der 1. Februar, an dem diese Thematik in Arbeitskreisen durchgeknetet wurde, geriet eher lustlos denn engagiert. Alle warteten gespannt auf den nächsten Tag, an welchem die Rolle der Niederlande und der mitregierenden Partij van de Arbeid (PvdA) beim Golfkrieg neu auf die Tagesordnung genommen wurde.

Die niederländischen Sozialdemokraten befinden sich in einem Dilemma:

- Seit 1 1/2 Jahren sind sie Junior-Partner der Christdemokraten. Ihr Verteidigungsminister Reus ter Beek, alles andere als ein Draufgänger und Haudegen, wollte in die Geschichte eingehen als einer, der das Militär zurückschneidet und "pazifiziert", nachdem doch die Bedrohung "aus dem Osten" gegen Null tendiert.
- Eine neue Finanzpolitik unter der Verantwortung von Wim Kok, soziale Erneuerung, konsequente Umweltpolitik, gerechte Lösungen der Nord-Süd-Verhältnisse und neue Ansätze in der Kunst- und Kulturpolitik sollten Markenzeichen sozialdemokratischer Regierungskunst werden.
- Aber so recht kamen die neuen Minister nicht in die Hufe: Der 2. August 1990 mit Iraks Überfall auf Kuwait machte dicke Striche durch alle Vorausberechnungen.

Die Niederlande haben sich als kleines Land von Anfang an gegen die Gewaltpolitik von Saddam Hussein gestellt und alle Resolutionen der UNO aus Überzeugung mitgetragen. Schon im September 1990 entsandte unser westlicher Nachbar zwei Fregatten und ein Versorgungsschiff an den Golf - zur Durchsetzung des Wirtschaftsembargos.

Nunmehr aber sind diese See-Einheiten in den heißen Krieg am Golf einbezogen, unter alliierter Oberbefehl gestellt. Außerdem hat die Regierung entschieden, Streitkräfte für Abwehraufgaben in die Ost-Türkei zu entsenden und Israel niederländische Patriot-Abwehrraketen anzubieten.

Die Fraktion der Partij van de Arbeid in der Zweiten Kammer hat das Regierungshandeln gutgeheißen. Nur ein Abgeordneter (von 47) stimmte dagegen, zwei weitere erklärten nach der Abstimmung öffentlich, "eigentlich" hätten sie dagegen stimmen wollen und "aus Versehen" zugestimmt. Die Parteigliederungen waren in die Entscheidungen nicht einbezogen. Das sollte nunmehr auf dem Parteitag nachgeholt werden.

Weitgehend ist das Gefühl vorhanden, daß den Embargo-Maßnahmen gegen den irakischen Diktator nicht genügend Zeit gelassen, sondern zu eilig auf eine militärische "Lösung" hin gearbeitet wurde. Außerdem gibt es eine breite Diskussion darüber, ob das "Kriegsziel" Kuwait zu befreien, nicht schon ersetzt wurde durch eine militärische Option zur Vernichtung des Irak, die eine politische Lösung der Nah-Ost-Konflikte unmöglich macht.

Reus ter Beek, dem Verteidigungsminister, wird öffentlich (von rechts) vorgeworfen, nicht schneidig genug die Beteiligung der Niederlande an den alliierten Maßnahmen vertreten zu haben. Daß er zögerte und sein eigenes Gewissen befragte, bevor er in Kabinett und Fraktion zur militärischen Teilnahme niederländischer Streitkräfte am Golf stand, wird ihm als Schwäche ausgelegt. In der eigenen Partei aber wird ihm zur Last gelegt, zu schnell eingeknickt zu sein.

In der Ausgabe der links-liberalen Tageszeitung "Het Parool" vom 1. Februar steht unter der Überschrift: "Ter Beek hätte in seiner Rolle glänzen müssen" genau dieses Dilemma zwischen CDA-Politikern wie Lubbers (Ministerpräsident), van den Broek (Außenminister) und Sozialdemokraten beschrieben: Wenn Lubbers sagt, "daß der Krieg am Golf an ihm frißt, daß er jeden Tag damit beschäftigt ist", nimmt ihm dies niemand übel und er hört keine Kritik aus seiner Partei oder Fraktion.

Aber wenn Ter Beek sagt: "Ich habe für die Einbeziehung (der Niederländer beim Golfkrieg) gestimmt und stehe auch für die Konsequenzen ein. So eine Entscheidung ist nicht leicht. Es darf auch keine einfache Abwägung sein, weil es um wesentliche Fragen geht, wobei Menschen und Leben und Tod im Blickfeld sind. Das rührt mich an und trifft mich", so muß er sich einerseits sagen lassen, er habe zuviel und andererseits, er habe zu wenig Skrupel.

Die Debatte auf dem Parteitag am 2. Februar 1991 ergab zwar eine sehr ernsthafte Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Entwicklung seit dem 2. August 1990 und Aufträge, es bei dem Ziel, Kuwait zu befreien, zu belassen sowie zu einer Nahost-Friedenskonferenz beizutragen, das Ergebnis stand aber schon nach wenigen Diskussionsbeiträgen fest: Eine große Mehrheit von etwa 80 Prozent der Delegierten würden die Entscheidungen der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und der Parlamentsfraktion mittragen. Der Parteivorstand hatte vorgebaut und eine Resolution vorgelegt, die gegen zahlreiche Änderungsanträge im wesentlichen Bestand hatte und im von mir als Anhang ins Deutsche übersetzten Wortlaut angenommen wurde.

(Anschließend dokumentieren wir den Beschluß der PvdA zum Golfkrieg).

Endgültiger Beschluß der Partij van de Arbeid zum Golf-Konflikt vom 2. Februar 1991

*Der Parteitag der Partij van de Arbeid, beisammen am 1. und 2. Februar 1991 in Amsterdam

1. erwägt, daß:

- a) der Krieg am Golf die Schändung der internationalen Rechtsordnung durch den Irak mit dem Überfall auf Kuwait am 2. August 1990 zur Ursache hat;
- b) die Niederlande als Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft die Durchführung von Resolutionen der Vereinten Nationen zu ihrer eigenen Verantwortlichkeit zählen;
- c) UN-Resolution 678 verschiedene Möglichkeiten eröffnete für das Ausüben maximalen Drucks auf Irak, sich aus Kuwait zurückzuziehen;
- d) das militärische Eingreifen am Golf die Herstellung der Souveränität von Kuwait zum Ziel hat, aber keine Lösung bietet für andere Probleme des Mittleren Ostens;
- e) die internationale politische Situation (das Wegfallen des Kalten Krieges) stark verändert ist und Chancen bietet für eine glaubwürdige Handhabung der internationalen Rechtsordnung durch Mittel der Vereinten Nationen;
- f) verhindert werden muß, daß die fortdauernde ökonomische, soziale und politische Ungleichheit zwischen Bevölkerungsgruppen und Ländern des Mittleren Ostens, aber auch auf anderen Kontinenten immer aufs neue zu bewaffneten Konflikten führt;
- g) für eine glaubwürdige internationale Politik eine kritische Betrachtung insbesondere der Waffenexportpolitik westlicher Länder zum Nahen Osten und zur Dritten Welt notwendig ist;

2. kann sich in der Einstellung der Fraktion der Zweiten Kammer und des Parteivorstandes zusammenfinden;

3. ist der Auffassung, daß:

- a) alles, was möglich ist, getan werden muß, um bei erster Gelegenheit nach dem militärischen Eingreifen auch entlang dem politischen und diplomatischen Weg, zum Beispiel durch Feuereinstellung, den Konflikt zu beenden;
- b) jeder Eskalation des Krieges, die einem anderen Ziel dient als der Wiederherstellung der Souveränität von Kuwait, begegnet werden muß;
- c) alle mögliche humanitäre Hilfe geleistet werden muß an diejenigen, die vom Krieg betroffen sind;

- d) ausschließlich im Zusammenhang der internationalen Verpflichtungen und nur im äußersten Fall eine Ausweitung der Verteidigungshilfe an die Länder, die zur Durchführung der UN-Resolution beitragen, in Betracht gezogen werden kann;
 - e) das Angebot von militärischer Hilfe zur Verteidigung der israelischen Bevölkerung volle Unterstützung verdient;
 - f) schon jetzt Anstrengungen, wie beispielsweise eine Besinnung über eigene europäische Vorschläge notwendig sind im Hinblick auf eine internationale Konferenz über den Nahen Osten, wobei unter anderem gegenseitige Abrüstung zur Debatte stehen muß;
 - g) mit anderen sozialdemokratischen Parteien an einem Sicherheits- und Entwicklungsplan gearbeitet werden muß, der den neuen internationalen politischen Verhältnissen angepaßt ist und mit dem insbesondere Waffenexportbestimmungen korrigiert werden;
4. spricht aus, daß es keine einzige Rechtfertigung gibt für den Gebrauch biologischer, chemischer oder nuklearer Waffen und ist außerdem der Meinung, daß:
- a) die Partij van de Arbeid alles bewerkstelligen muß, um den Gebrauch solcher Waffen zu verhindern;
 - b) die Niederlande ihre Teilnahme am Golfkrieg unmittelbar beenden muß, wenn die Durchführung der UN-Resolution 678 zu einem Erstschlag dieser ABC-Waffen durch einen oder mehrere Staaten zu führen scheint, die die UN-Resolution 678 durchführen;
5. ersucht die Regierungsmitglieder, die Zweite- und die Erste-Kammerfraktion und den Parteivorstand, diese Grundsätze anzuwenden.

(-/5.2.1991.rs/ks)

(Übersetzt aus dem Niederländischen von Ernst Waltemathe)

Medienpolitik in NRW wird an Dynamik gewinnen
Zum BVG-Urteil zum WDR- und Landesrundfunkgesetz

Von Jürgen Büssow MdL
Medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Das Bundesverfassungsgericht hat am 5. Februar 1991 das WDR-Gesetz und das Landesrundfunkgesetz für verfassungskonform erklärt. Eine Bestimmung des Landesrundfunkgesetzes (Frequenzzuteilung durch die Landesregierung mit Zustimmung des Parlamentes) wurde für verfassungswidrig erklärt, weil die notwendige Staatsferne nicht gesichert ist.

Das Urteil ist für die Fortentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, für das Verhältnis von öffentlich-rechtlichen Sendern zu ihren privaten Konkurrenten sowie für die Anforderung an private Veranstalter von großer Bedeutung. Die Erlaubnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, auch mit privaten Veranstaltern Programme herstellen zu dürfen, soweit dadurch die Grundversorgung nicht verletzt wird, eröffnet Handlungsperspektiven für die Anstalten, die nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Rundfunkveranstalter mit ausländischen Medienkonzernen in Europa stärken, sondern auch mittelständische Private durch Kooperation mit öffentlich-rechtlichen Anstalten vor dem Vernichtungswettbewerb mit großen Medienkon-

zernen schützen. Die Bestätigung des Zwei-Säulen-Modells für lokalen Rundfunk ist eine schöne Bestätigung des nordrhein-westfälischen Gesetzgebers für seinen Gestaltungswillen, rundfunk- und ordnungsrechtlich Neuland zu betreten. Damit werden einerseits publizistische Doppelmonopole im lokalen Bereich verhindert, ohne daß die Tageszeitungen ökonomische Einbußen hinnehmen müssen.

Im weiteren wurden viele Angriffe auf zentrale Einzelvorschriften kühl zurückgewiesen. Zum Beispiel darf der WDR Programmzeitschriften herausgeben und vertreiben; der WDR darf sich für Lokalfunksender an Rahmenprogrammen mit Privaten beteiligen; der Gesetzgeber hat umsichtig die gesellschaftliche Kontrolle des Rundfunks geregelt. Daß dabei vom Bundesverfassungsgericht nebenbei festgestellt wurde, daß die Vertriebenen als in die Bundesrepublik Deutschland integrierte Gruppe gelten und keine besondere Repräsentanz im Rundfunkrat beanspruchen können, hat Aufsehen hervorgerufen. Die Gewerkschaften und MitarbeiterInnen der privaten Sender werden sich freuen, daß die Redaktionsstatute das Gütesiegel der Verfassungskonformität erhalten haben.

Auch der viel bekriftelte Bürgerfunk im Lokalradio (15 Prozent-Gruppen) dient nach den Verfassungsrichtern der Rundfunkfreiheit. Das WDR-/LRG-Urteil konkretisiert die Rahmenbedingungen, unter denen in der Bundesrepublik Rundfunk veranstaltet werden kann. Die Angriffe von CDU Bundestags- und Landtagsfraktion, der Großverlage (wie Springer, Ufa, Bertelsmann, Gruner & Jahr) und der Bundesregierung, formuliert von den Starjuristen der konservativen "herrschenden Meinung" gegen die nordrhein-westfälischen Reformgesetze, scheiterten vor dem kritischen Blick der Richter kläglich.

Das Gericht bestätigte dem nordrhein-westfälischen Gesetzgeber ausdrücklich, daß es die Verfassungsgerichtsurteile zum Rundfunkrecht von 1961 (Adenauer-Fernsehen), 1972 (Mehrwertsteuer-Urteil), 1981 (Saarland) und 1986 (Niedersachsen) richtig verstanden und angewandt hat.

Wenn die CDU 1987 bereit gewesen wäre, den in den interfraktionellen Gesprächen herausgearbeiteten Medienkonsens zwischen SPD und CDU mitzutragen, dann hätte sie sich diese Niederlage ersparen können. Die CDU in Nordrhein-Westfalen wird selbst wissen, wer ihr zu diesem Gang geraten hat. Die Zukunft wird zeigen, was der WDR aus dieser verfassungsgerichtlichen Ermütigung, die eigenen Faszilitäten zu nutzen, machen wird. Die Landesrundfunkanstalt wird mit gestärkter Autorität darüber zu wachen haben, daß die Trennung von programmlicher Verantwortung der Veranstaltergemeinschaften und ökonomischer Zuständigkeit der Betriebsgesellschaften auch in der Radio-Wirklichkeit Nordrhein-Westfalens eingehalten wird. Auch der umfangreiche Programmauftrag für die lokalen Radios wird verfassungsgerichtlich bestätigt.

Die nordrhein-westfälische Medienpolitik wird nach diesem Urteil nicht an Dynamik verlieren. Im Gegenteil. Das Urteil ist eine Ermütigung für Gesetzgeber, die Gestaltungspolitik machen wollen und nicht abschreiben, was andere Gesetzgeber vor ihnen gemacht haben und was ihnen die sogenannte herrschende Meinung nahelegt.

Die nordrhein-westfälischen Rundfunkgesetze haben nach diesem Urteil Modellcharakter erhalten - vor allem für die neuen Bundesländer. Die Frequenzuteilung der Mühlflenzl-Gruppe in den neuen deutschen Ländern ist nach diesem Urteil offensichtlich verfassungswidrig. Es muß neu gedacht werden.

(-/6.2.1991/rs/ks)
